Neue Bibliothek: Mit diesen Antworten besänftigte die Ministerin den Landtag

Wann wusste die Infrastrukturministerin von den Mehrkosten? Und wäre ein Neubau nicht besser? Antworten zu den drängendsten Fragen.

Elias Quaderer

«Kaum zu glauben!», «Das schlägt dem Fass den Boden aus!» und «Bauherr Staat – ein Fiasko»: Das waren die empörten Reaktionen, als Ende Februar bekannt wurde, dass der Umbau des Post- und Verwaltungsgebäudes in Vaduz für die Landesbibliothek teurer wird als ursprünglich geplant. Zu den bereits bewilligten 30,99 Millionen Franken brauche es zusätzliche rund 5,5 Millionen Franken, um das Projekt realisieren zu können, teilte die Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter damals mit.

Der Ärger über die Mehrkosten erreichte vergangene Woche auch den Landtag: Einhellig stimmten die Abgeordneten dafür, den Fall in einem Sondertraktandum zu behandeln. Aber den Antrag, dass sich die Geschäftsprüfungskommission (GPK) dem Bauprojekt annimmt, lehnte der Landtag letztlich ab. Grund: Im Rahmen des Sondertraktandums beantwortete Infrastrukturministerin Marok-Wachter bereits allerhand Fragen zum Umbau des Post- und Verwaltungsgebäudes. Die Mehrheit der Abgeordneten hielt es danach nicht mehr für nötig, die GPK mit einer Untersuchung zu beauftragen. Nachfolgend die Antworten der Ministerin auf die wichtigsten Fragen des Landtags.

Anfang Dezember habe Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter erfahren, dass der bisherige Kredit für den Umbau des Post- und Verwaltungsgebäudes nicht reicht. Bild: Daniel Schwendener

Wann wusste die Ministerin, dass der Kredit nicht reicht?

Die neue Bibliothek war bereits vergangenen Oktober Thema im Landtag: Die Abgeordneten genehmigten damals einen Kredit von 1,9 Millionen Franken für Zusatzleistungen am Bauprojekt (Nachhaltigkeit und Biodiversität). War es nicht schon damals absehbar, dass es nochmals einen Geldzuschuss braucht?

Infrastrukturministerin Marok-Wachter verneinte dies. «Ich habe erstmals Anfang Dezember die Information bekommen, dass der zur Verfügung stehende Verpflichtungskredit nicht ausreichen wird», erklärte sie dem Landtag. Wie hoch der Kreditbedarf ausfallen wird, konnte die Projektgruppe, die bei der Stabsstelle für staatliche Liegenschaften (SSL) angesiedelt ist, noch nicht beziffern. Die Ministerin habe darauf gefordert, dass die Mehrkosten konkretisiert, Optimierungen vorgenommen und Einsparmöglichkeiten geprüft werden sollen. Zudem habe sie die Projektgruppe angewiesen, die Information im kleinen Kreis zu behalten.

Am 8. Februar wurden Marok-Wachter dann die konkreten Zahlen präsentiert. In ihrer Sitzung vom 21. Februar besprach die Projektkommission des Umbaus den zusätzlichen Kreditbedarf und das weitere Vorgehen. Und am 27. Februar wurde schliesslich die Öffentlichkeit über die Angelegenheit informiert.

Warum sollte die Projektleitung die Information im kleinen Kreis behalten?

Was für Probleme entstehen können, wenn die Kommunikation nicht unter der Kontrolle des Projektes bleiben, habe man beim Neubau des Landesspitals gesehen: Schon im September 2021 gab es dort eine kleine Anfrage im Landtag zu Gerüchten wegen Kostenüberschreitungen. Gesellschaftsminister Manuel Frick hatte dagegen erst im März 2023 von den Mehrkosten erfahren. «Eine derartige Situation wollte ich im Interesse der Landesbibliothek vermeiden», so Marok-Wachter.

Wie kommt es nun zu den Mehrkosten?

Für den ursprünglichen Verpflichtungskredit, dem der Landtag 2019 seine Zustimmung gab, diente eine Machbarkeitsstudie als Grundlage. Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie mussten auch Annahmen getroffen werden zur «Eingriffstiefe». Sprich: Wie stark muss das bestehende Gebäude umgebaut werden? Und hier erwiesen sich die Annahmen der Studie als zu optimistisch. «Die angetroffene Situation im Gebäude ist anders als ursprünglich angenommen wurde», sagte Marok-Wachter.

Welche Annahmen erwiesen sich im Nachhinein als falsch?

Es seien im Wesentlichen drei Punkte, die den zusätzlichen Kreditbedarf auslösen: Brandschutz, Statik und Elektroinstallationen. So habe man nun Bohrungen an den Betonkonstruktionen vorgenommen, um die Statik- und Brandschutzsituation genauer zu analysieren. Dabei habe sich gezeigt, dass mehr Umbaumassnahmen nötig sind als ursprünglich angenommen. In puncto Elektroinstallationen wurde bemerkt, dass in der Tiefgarage mehr ersetzt werden muss als 2019 erwartet wurde.

Warum wurden nicht früher Bohrungen an den Betonkonstruktionen vorgenommen?

Diese Frage könne aktuell nicht beantwortet werden. Aber vor zwei Wochen habe das Infrastrukturministerium ein Gutachten in Auftrag gegeben, ob das Vorgehen beim Umbau phasengerecht war.

Wie soll es mit dem Projekt weitergehen?

Im Juni soll der Landtag über den Ergänzungskredit befinden. Findet der Kredit im Parlament eine Mehrheit und es wird kein Referendum ergriffen, «hätten wir im Sommer Klarheit darüber, dass die Baueingabe gemacht, die Ausschreibungen vorangetrieben und die Vergaben gemacht werden könnten», sagte Marok-Wachter. Ursprünglich war geplant, dass die Landesbibliothek im dritten Quartal 2026 umzieht. Dies dürfte sich nun um bis zu 12 Monate verzögern. Und sollte es zu einem Referendum und einer Volksabstimmung kommen, wäre wohl mit einer zusätzlichen Verzögerung von drei bis sechs Monaten zu rechnen.

Der Mietvertrag für die Liegenschaft am Gerberweg, in der die Landesbibliothek derzeit untergebracht ist, läuft allerdings nur noch bis zum 31. Dezember 2026. Dieser müsste also verlängert werden. Gespräche mit den Vermietern hätten aber gezeigt, dass eine Verlängerung unproblematisch sei.

Was passiert, wenn das Volk oder der Landtag Nein zum Ergänzungskredit sagt?

Sollte der Landtag oder das Volk den Ergänzungskredit ablehnen, müssten neue Optionen für die zukünftige Nutzung des Post- und Verwaltungsgebäudes geprüft werden. «Vor dem Projekt der Umnutzung des Post- und Verwaltungsgebäudes für die Liechtensteinische Landesbibliothek war vorgesehen, das Gebäude weiterhin als Verwaltungsgebäude zu nutzen. Dies würde sicher wieder geprüft», hielt die Infrastrukturministerin fest. Aber auch für die Landesbibliothek müsste dann eine andere Lösung gefunden werden.

Wäre es nicht billiger, das bisherige Gebäude abzureissen und ein neues zu errichten?

Nein. Gemäss der Ministerin käme die Option «Abreissen und Neubau» teurer. So ging man 2019 davon aus, dass ein Neubau inklusive Tiefgarage 39 Millionen Franken kosten würden. Inklusive Baukostenteuerung entspräche dies heute 45,6 Millionen Franken. Beim jetzigen Umbau rechnet das Infrastrukturministerium dagegen mit indexierten Kosten von rund 37 Millionen Franken.

Daneben würde die Nachhaltigkeitsbilanz bei einem Neubau schlechter ausfallen. So würden durch den Umbau 2800 *Tonnen CO_2-Äquivalente* eingespart, was einer Million Liter Heizöl entspreche.

Was wäre, wenn man ein anderes Projekt aus dem Architekturwettbewerb nehmen würde?

«Ein zusätzlicher Kreditbedarf wäre bei allen Wettbewerbsprojekten entstanden», erklärte Regierungsrätin Marok-Wachter am Freitag, denn der Grund für die Mehrkosten sind zu optimistische Annahmen in der vorhergehenden Machbarkeitsstudie. Alle Wettbewerbsprojekte wären also gleichermassen von einem zu tief kalkulierten Kreditbedarf betroffen.

Wird es personelle oder organisatorische Konsequenzen geben?

Nein. Nach Ansicht der Regierung müssen gemäss aktuellem Kenntnisstand keine organisatorischen oder personellen Konsequenzen gezogen werden, denn das involvierte Personal habe keine Verfehlungen begangen.

Donnerstag 19.30 Uhr, SAL Schaan | SCHAUSPIEL
14.03. Macbeth
William Shakespeare
Schauspielhaus Bochum
Eingeladen zum Berliner Theatertreffen 2024

Freitag 19.30 Uhr, TAK | KABARETT / COMEDY
15.03. Dagmar Schönleber
«Die Felsin der Brandung»
Dagmar Schönleber betreibt Ermunterungskabarett und Stabilitätscomedy!

Mittwoch 19.30 Uhr, TAK | TAK_MUSIC

Sonntag 11 Uhr, TAK | KLASSIK
17.03. Podium Konzerte 2024
Friedrich Wocher | Kontrabass
freier Eintritt

Donnerstag 19.30 Uhr, TAK | KABARETT / COMEDY
21.03. Charles Nguela
«R.E.S.P.E.C.T.»

Freitag 19.30 Uhr, TAK | TALKS / LITERATUR

TAK